



# Klima-Countdown für Cancun!

Grüne Forderungen zur Weltklimakonferenz

Berlakovich muss Blockade bei Klimaschutz beenden

**Pressekonferenz**

mit

Abg. z. NR. **Eva Glawischnig**, Bundessprecherin

Abg. z. NR. **Christiane Brunner**, Umwelt- und Energiesprecherin

LR **Rudi Anschober**, oö. Umwelt- und Energielandesrat

Grüner Klub im Parlament, Löwelstraße 12, 1017 Wien

Wien, am 23.11.2010

## **Klima-Countdown für Cancun!**

### **Grüne Forderungen zur Weltklimakonferenz - Berlakovich muss Blockade bei Klimaschutz beenden 23.11.2010**

#### **Ausgangslage: Null Erwartung an Cancun ?**

Seit den Klimaverhandlungen von Kopenhagen steckt die internationale Klimapolitik in einer schweren Krise. Eine Woche vor Beginn der Verhandlungen in Cancun (Mexiko, 29.11-10.12) ist klar, dass es auch dieses Jahr kein verbindliches Weltklimaschutzabkommen geben wird.

Viele Industrieländer (allen voran China) wehren sich gegen eine Verlängerung des Kyoto-Protokolls, welches Ende 2012 ausläuft. Auch Kanada, Japan und Russland wollen keine weitere Verpflichtungsperiode, ohne die USA an Bord zu haben. In den USA ist die Klimapolitik von Obama seit den Kongresswahlen vollends blockiert. Ohne Führungsanspruch der EU wird eine Auflösung dieser Blockade unmöglich sein und derzeitige Angebote aus Brüssel deuten darauf nicht hin.

Kleinere Fortschritte wird es eventuell geben, etwa bei den weniger strittigen Punkten beim Thema Finanzierung und Regenwaldschutz (REDD). Der Rest, die großen Brocken also, bleiben wohl für die nächste Konferenz in Südafrika 2011 oder sogar erst in Rio 2012.

Die Regierungen weltweit wollen die Erwartungen bewusst niedrig halten. Die Botschaft: Nach dem Fiasko von Kopenhagen kann nicht mehr viel erwartet werden. Auch die EU spricht sich inzwischen für einen „step-wise approach“ aus, demzufolge das Ziel eines globalen Klimaschutzabkommens Etappenweise bis 2012 erreicht werden soll.

Derweil klafft zwischen den Emissionsreduktionen, die nötig wären, um den Temperaturanstieg global auf unter 2 Grad Celsius zu begrenzen und den bestehenden Reduktionszielen (Kyoto-Protokoll plus Selbstverpflichtungen vieler Länder) weiterhin eine riesige Lücke. Würden die derzeit gültigen Reduktionszielen weltweit umgesetzt, befänden wir uns auf dem Weg zu einer Erwärmung von um die 4 Grad - also zum Klimakollaps.

#### **Wege aus der Verhandlungskrise : Das Prinzip der unterschiedlichen Geschwindigkeiten – jetzt sind die Vorreiter entscheidend**

Während direkt nach der gescheiterten Konferenz von Kopenhagen noch die Losung „Cancun wird's richten“ ausgegeben wurde, ist inzwischen klar, dass die gegenwärtige Stagnation in den internationalen Verhandlungen ein Bruch ist, der mit herkömmlichen Mitteln nicht geheilt werden kann. Die Fronten sind zu verhärtet, die Interessen zu verschieden und das Misstrauen zwischen den Staaten zu groß, als dass in Cancun der Durchbruch zu einem global verbindlichen Klimaschutzabkommen erreicht werden könnte.

Deshalb braucht es eine Klimapolitik der unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Sie ergibt sich aus der Tatsache dass die Staaten dieser Welt unterschiedliche Prioritäten haben und zum Teil aus strukturellen oder auch aus verfassungsrechtlichen Gründen (z.B. das Erfordernis einer 2/3-Mehrheit im US-amerikanischen Senat zur Ratifizierung völkerrechtlicher Verträge) nicht Teil einer globalen Vereinbarung werden können oder wollen. Als Beispiel für eine Strategie der unterschiedlichen Geschwindigkeiten kann die Europäische Union dienen: Während in der ersten Zeit alle Mitgliedsstaaten alle Regelungen mitgetragen haben sind in den letzten Jahrzehnten mit dem Schengener Abkommen oder mit der Eurozone verschiedene Untergruppen von Mitgliedern mit bestimmten Rechten und Pflichten entstanden - ohne dass jedoch der grundlegende Konsens deshalb aufgegeben worden wäre, denn ein Kernbereich der Regelungen gilt weiterhin für alle Staaten.

Auch im Rahmen des Klimaregimes müsste ein Kernbereich beibehalten werden, der die grundlegenden Normen wie dem letztendlichen Ziel des Klimaschutzes sowie dem Prinzip der „gemeinsamen aber differenzierten Verantwortung“ festhält. Auf dieser Basis könnten unter dem Dach der Vereinten Nationen unterschiedliche Folgeabkommen abschließen, die jeweils eine Teilmenge der gesamten Vertragsstaaten umfassen.

Eine Verlängerung des Kyoto-Protokolls für die Zeit nach 2012 als Brücke ist jedoch unerlässlich. Sonst ist der Himmel für Treibhausgase ab 2012 praktisch wieder „offen“.

### **Österreich ist in Cancun nicht egal. Berlakovich muss Klimablockade beenden.**

Aufgrund innerer Uneinigkeit in entscheidenden Fragen (z.B. Anrechenbarkeit des Waldschutzes, Umgang mit überzähligen Emissionskontingenten, bedingungsloses EU-Reduktionsziel von 30%) innerhalb der europäischen Gemeinschaft, war die EU unfähig zur Führung in Kopenhagen. Dieses Führungsvakuum hat maßgeblich zum Scheitern der Verhandlungen in Kopenhagen geführt. Österreich gehörte zu den Ländern, die eine Einigung auf gemeinsame und ambitionierte EU-Positionen hintertrieben haben (so etwa im Waldschutz) und trägt daher eine erhebliche Mitschuld am Scheitern der Verhandlungen von Kopenhagen.

Auch „zu Hause“ hat die Bundesregierung das Projekt einer zukunftsfähigen und klimaschonenden Energieversorgung aufgegeben. Noch immer belastet sie in erster Linie Arbeit mit Steuern und Abgaben, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß und den Verbrauch von Ressourcen jedoch kaum. So steigt der Energie- und Stromverbrauch in Österreich weiter, während der Ausbau Erneuerbarer Energien seit Jahren stagniert. Im aktuellen Budgetpaket präsentiert die Bundesregierung willkürlich ausgewählte STEUERmaßnahmen, die allein der Haushaltssanierung dienen sollen aber eine wirkungsvolle ökologische Lenkungswirkung nicht leisten. Diese Politik der Mutlosigkeit ist eine Unterlassung gegenüber den Bürgern und gegenüber den nachfolgenden Generationen.

Dies alles beweist: Entgegen aller Rhetorik der Bundesregierung ist Österreich längst kein Umweltmusterland mehr. Im Gegenteil, beim Klimaschutz ist unser Land zum Klotz am Bein der Europäischen Union geworden. In wenigen anderen industrialisierten Ländern ist der Treibhausgasausstoß so rasant angestiegen wie hier. Kein anderes Land der EU ist so weit weg von der Erreichung seiner Kyoto-Verpflichtungen. Dennoch kommuniziert Bundesminister Berlakovich nach außen, dass man gemeinsam mit der EU ohnehin zu den internationalen Klimavorreitern gehöre. Zeitgleich arbeitet er innerhalb der EU-Gremien seit Wochen daran, eine Verbesserung der EU-Klimapositionen vor Cancun mit allen Mitteln zu verhindern, so steht Österreich unter anderem bei einer Ausweitung des EU-Reduktionsziels von 20% auf 30% vehement auf der Bremse.

Diese Strategie ist gefährlich und sie ist verantwortungslos. Denn die größte Gefahr für Cancun ist, dass die Europäer wieder „mit verschiedener Zunge“ sprechen, wie die EU-Klima-Kommissarin Connie Hedegard anlässlich ihres Wien-Besuchs vor wenigen Wochen hervorhob (Der STANDARD, 27.10.10).

### **Österreich endlich zum Vorreiter beim Klimaschutz machen. Davon können wir nur profitieren.**

Aus dem Prinzip der „unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ folgt schließlich, dass es Vorreiter geben muss. Für Österreich bedeutet dies eine ambitionierte und effektive Klimapolitik „zu Hause“. Österreich sichert sich damit die wissenschaftlich erwiesenen Wettbewerbsvorteile einer Vorreiterökonomie.

Österreich hätte eigentlich die allerbesten Voraussetzungen, sich energieunabhängig zu machen. Wenn wir die Weichen jetzt in Richtung kohlenstoffarmer „solarer“ Industriegesellschaft stellen, können wir davon nur profitieren.

Die fossile Wirtschaft ist am Ende. Klimaschutz ist der Jobmotor der Zukunft. Erfolgsbeispiele gibt es viele: 250.000 krisensichere Arbeitsplätze sind in Deutschland in den letzten Jahren in der Erneuerbare Energien Branche entstanden. 36.000 Grüne Jobs gibt es in Oberösterreich und 1.500 allein in Güssing.

### **Forderungen an die Bundesregierung im Vorfeld der Weltklimakonferenz in Cancun**

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich nicht länger hinter fehlenden Verhandlungserfolgen auf globaler Ebene zu verstecken, die auf absehbare Zeit keinem Klimaabkommen beitreten werden, und dies nicht als Entschuldigung für das eigene Nicht-Handeln zu benutzen.

Die Bundesregierung muss Österreich endlich wieder zu einem Vorreiterland machen, das sich an den Besten orientiert und nicht an den Schlechtesten. Die Bundesregierung muss ihre destruktive Rolle innerhalb der Klimaverhandlungen auf EU- und UN- Ebene einstellen. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf,

- sich zu 100% Klimaschutz „zu Hause“ zu bekennen. Das „Freikaufen“ von Klimaschutzziele durch Verschmutzungsrechte aus dem Ausland muss aufhören. Dafür ist ein Energiepaket erforderlich: Energiesparmilliarde für die nächsten drei Jahre, neues Ökostromgesetz, Solaroffensive - Schluss mit der Sonnenfinsternis über Österreich als einzigem EU-Land.
- sich dafür einzusetzen, dass bis zum Abschluss eines neuen internationalen Klimaschutzabkommens zumindest die Verpflichtungen unter dem Kyoto-Protokoll verlängert werden.
- sich dafür einzusetzen, dass bei den Verhandlungen in Cancun zumindest Teilbereiche eines späteren internationalen Klimaschutzabkommens beschlossen werden, die inzwischen weitgehend ausverhandelt sind und politisch entschieden werden können. Besonders im Bereich Forstwirtschaft und Umgang mit überzähligen Emissionszuteilungen wird die Bundesregierung aufgefordert, eine ambitionierte und im Sinne des Klimaschutzes glaubwürdige Position zu vertreten.
- im Sinne der internationalen Glaubwürdigkeit bis 2015 die Finanzmittel in Höhe von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe zur Verfügung zu stellen und nicht radikal zu kürzen, wie das derzeit im Budget geplant ist.
- das im Rahmen des Kopenhagener Ergebnisses von Österreich zugesicherte Versprechen, einer Anstartfinanzierung für Klimaschutz in Entwicklungsländern in Höhe von 120 Millionen für den Zeitraum 2010-2012, umgehend einzulösen. Bislang hat Österreich gerade einmal 20 Millionen beigetragen.
- sich für die von ExpertInnen des Weltklimarates ab 2020 als notwendig erachtete Bereitstellung von jährlich zusätzlich 100 Milliarden Euro für Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern einzusetzen; 35 Mrd. Euro davon muss die EU ab 2020 jährlich bereit stellen, Österreichs Anteil liegt bei 800 Mio. Euro / Jahr. Nur so ist das 2-Grad-Ziel erreichbar.

### **Wofür die Grünen in Cancun kämpfen**

Wir Grünen werden uns weiter kompromisslos für den Übergang in eine kohlenstoffarme „solare“ Wirtschaft und Gesellschaft einsetzen. Wir werden unnachgiebig die Gestaltungsverweigerung und die abstruse Logik der Bundesregierung kritisieren, die erst Vorleistungen von anderen erwartet, bevor sie selbst etwas tut. Wir werden weiter Wege aufzeigen, wie aus den vermeintlichen Nachteilen einer Umstellung auf eine CO2-arme Gesellschaft politische und wirtschaftliche Vorteile entstehen. Wir werden auf der regionalen Ebene Initiativen für „100 Prozent Erneuerbare Energie Regionen“ setzen.

Die Grünen werden auch vor Ort in Cancun für diese Ziele und für die wirksame Weiterentwicklung der internationalen Klimapolitik kämpfen.

### **Modellregionen für Klimaschutz wollen Vorreiter werden**

60-70 Prozent der global erforderlichen Klimaschutzinitiativen müssen von den Regionen umgesetzt werden. Oberösterreich arbeitet daher seit einiger Zeit am Aufbau eines Netzwerks der Modellregionen der Welt, das sich in Cancun treffen wird. Mittlerweile sind 80 Regionen in diesem Netzwerk vertreten – z.B. Kalifornien, Südaustralien, Quebec, Oregon, Schottland, Nordrhein-Westfalen und Oberösterreich. Ziel ist es, die Vorreiterrolle dieser Regionen zu stärken, von Best-Practise-Beispielen gegenseitig zu lernen, sich bei der Anwendung grüner Technologien und beim Aufbau einer grünen Wirtschaft zu stärken.

Wir sind überzeugt, dass sich eine Vorreiterrolle auch wirtschaftlich rechnet. Intelligenter Klimaschutz ist keine Belastung, sondern die größte ökonomische Chance für Volkswirtschaften. Oberösterreich mit mittlerweile 36.000 grünen Jobs ist der lebende Beweis dafür. Denn die Vorreiterrolle schafft einen starken Heimmarkt, einen Technologievorsprung und damit wiederum beste Exportchancen am boomenden Markt für Klimaschutz durch die Energiewende.

Christiane Brunner, Umwelt- und Energiesprecherin der Grünen und Rudi Anschober, oberösterreichischer Umwelt-Landesrat werden von dort täglich von den Verhandlungen in Mexiko berichten.

**Christiane Brunner, Umweltsprecherin der Grünen** wird vom 6. – 10.12. vor Ort in Cancun sein. Sie ist unter folgender Nummer erreichbar: **0043 664 1444523**.

[http://www.christiane-brunner.com/?page\\_id=522](http://www.christiane-brunner.com/?page_id=522)

**Rudi Anschober, Umweltlandesrat Oberösterreich** hält sich vom 6. – 10.12. in Cancun auf. Er kann unter folgender Nummer erreicht werden: **0043 664 829 8753**

[www.anschober.at](http://www.anschober.at)

**Thomas Peter Stadlbauer, MSc**

Referent für Energie und Klimaschutz im Büro von LR Anschober: 0043 664 **546 3310**